

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 506 Postulat Pfäffli Andrea und Mit. über den Ausgleich der vom Bund angekündigten J+S-Kürzungen durch den Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 506 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 116 zu 0 Stimmen zu.

Das Postulat P 506 sowie das Postulat P 509 von Guido Müller über den Einsatz des Kantons für die Werte des J+S-Sportförderprogramms und den Ausgleich einer allfällig entstehenden Lücke durch die Kürzung von Bundessubventionen werden als Paket behandelt. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 506 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Andrea Pfäffli hält an ihrem Postulat fest.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 509 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Guido Müller hält an seinem Postulat fest.

Andrea Pfäffli: Der Start vieler Sport-, Kinder- und Jugendlager diesen Sommer ist unter keinem guten Vorzeichen gestanden. Im Juni hat der Bund Kürzungen bei Jugend+Sport (J+S) ab 2026 angekündigt. Eine Botschaft, die landesweit für Empörung gesorgt hat. Und das zu Recht. Direkt davon betroffen sind unsere Kinder und Jugendlichen sowie zahlreiche Freiwillige, die in den Vereinen und Verbänden tagtäglich wertvolle Arbeit leisten. Begründet werden diese Kürzungen mit steigenden Teilnehmendenzahlen bei gleichbleibendem Kredit. Eine Entwicklung, die man bereits seit Jahren vorhersehen konnte, auf die das Bundesamt für Sport (BASPO) aber erst in letzter Minute reagiert hat. Ab 2026 geht die Rechnung nicht mehr auf und pro Teilnehmerin und Teilnehmer wird bedeutend weniger ausbezahlt. Ich danke dem Regierungsrat, dass er das Anliegen ernst nimmt und sich auf nationaler Ebene für die Sicherstellung der J+S-Förderung einsetzen will. Ich teile die Haltung, dass in erster Linie Druck auf den Bund ausgeübt werden muss, weil J+S ein Bundesprogramm ist und die Finanzierung in der Verantwortung des Bundes liegt. Gleichzeitig zweifle ich aktuell stark daran, dass es in Bern in letzter Sekunde gut kommt. Im Raum stehen nämlich nicht nur die für 2026 angekündigten Kürzungen, sondern auch weitere Sparmassnahmen im Rahmen des Entlastungspaketes 2027 (EP27). Die Lage ist deshalb ziemlich ernst. Für unsere Freiwilligen liegt das Problem noch an einem ganz anderen Ort, nämlich, dass sie Planungssicherheit benötigen. Das Budget für die Lager 2026 steht bereits. Die Lagerhäuser und weitere Infrastrukturposten sind längst reserviert. Die Anmeldungen für Angebote starten spätestens Anfang 2026, im Fall eines Schneesportlagers schon früher. Auch die Vorbereitungen von unterjährigen Aktivitäten, die Massnahmen der Talentförderung und vieles mehr können jetzt

nicht einfach stillstehen, weil das Bundesparlament erst Ende Jahr entscheidet. Die Sportorganisationen brauchen heute Klarheit. Diese Klarheit sollte ihnen der Kanton Luzern geben, so rasch wie möglich. Und zwar indem er eine Kompensationslösung in Aussicht stellt, falls – und die Betonung liegt auf falls – die Bundesmittel tatsächlich gekürzt werden. Wir alle wissen, dass J+S weit mehr als Sport bedeutet. J+S schafft Teilhabe, fördert die physische und psychische Gesundheit, stärkt unsere Vereinskultur, vermittelt Werte wie Fairness, Respekt und Teamgeist und anerkennt und stützt die Freiwilligenarbeit in unserem Land. Wir müssen Sorge tragen zu unseren Freiwilligen, indem wir sie stützen, anstatt sie mit zusätzlichen Unsicherheiten und kurzfristigen Mehraufwänden zu belasten. Uns auf nationaler Ebene für sie einzusetzen, ist das eine. Aber ihnen Planungssicherheit zu geben, ist das andere. Für die SP-Fraktion ist klar: Stand heute braucht es beides. Wir stimmen daher bei beiden Postulaten der Erheblicherklärung zu.

Guido Müller: Mit der Dringlicherklärung meines Postulats haben Sie gezeigt, dass Ihnen bewusst ist, wie wichtig das sehr grosse, oft ehrenamtliche Engagement von J+S in unseren Sportverbänden und -vereinen ist. Ohne die unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit bei J+S würde es viele Spitzenleistungen unserer Athletinnen und Athleten nicht geben. Gerade deshalb hat die Medienmitteilung des BASPO vom 19. Juni 2025 viele Vereinsangehörige tief getroffen. Unverständnis, Enttäuschung, denn sie alle setzen ihre Freizeit, ihre Energie und ihre Leidenschaft für unsere Kinder und Jugendlichen ein. Ich hätte deshalb von unserer kantonalen Sportförderung ein rasches, klares Signal zur Unterstützung erwartet. Doch das blieb aus. Meine Forderung bleibt klar, das Postulat muss in seiner Gesamtheit erheblich erklärt werden. Weshalb? Weil es nicht um abstrakte Budgetzahlen geht, sondern um ein Herzstück unserer Gesellschaft, der Förderung unserer Jugend. In meinem Postulat fordere ich folgende vier Punkte: Erstens: Der Kanton muss sich beim Bund mit aller Kraft gegen Kürzungen der J+S-Subventionen einsetzen. Zweitens: Wenn dennoch Einbussen entstehen, sollen diese über den Lotteriefonds abgedeckt werden. Sonst wird bereits 2026 gespart und es werden Kurse, Lager usw. gestrichen. Wurden diese erst einmal abgesetzt, werden sie auch in Zukunft nicht mehr weitergeführt. Drittens: Die Vereine brauchen Planungssicherheit, und zwar schnell. Sie müssen bereits jetzt wissen, ob sie ihr Angebot 2026 aufrechterhalten können. Deshalb ist eine schnelle, klare Kommunikation erforderlich, die Sicherheit schafft. Viertens: Falls der Bund tatsächlich an den Kürzungen festhalten will, muss der Kanton aufzeigen, wie eine dauerhafte Lösung für den Kanton Luzern gefunden werden kann. Das sind keine überzogenen Forderungen, sondern genau die Haltung und das Handeln, die unsere Vereine und die vielen Trainer unserer Kinder und Jugendlichen von der engagierten Regierung erwarten dürfen. In den letzten Monaten wurde uns beim mitreissenden Auftritt unserer Fussballerinnen an der EM und beim Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest, wo Tradition und Gemeinschaft gefeiert wurde, eindrücklich vor Augen geführt, was J+S in seinen Grundzügen schlussendlich für Ergebnisse bringt. Solche Momente entstehen, wenn an der Basis unzählige Ehrenamtliche dafür sorgen, dass die Kinder eine Chance auf Bewegung, Freude und Zusammenhalt haben. Es reicht nicht, als Politikerin und Politiker auf der Ehrentribüne zu sitzen und laut zu klatschen und sich mit Selfies zu verkaufen, sondern unsere Aufgabe ist es, die Basis zu stärken. J+S ist kein Luxus, sondern eine Investition in die Gesundheit, die Gemeinschaft und die Zukunft. Lassen Sie uns heute deshalb ein klares Zeichen setzen, nicht halbherzig oder verwässert, sondern entschieden. Für unsere Sportvereine, für unsere Ehrenamtlichen und vor allem für Kinder und Jugendliche, die auf uns zählen. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung meines Postulats zuzustimmen.

Sibylle Boos-Braun: Die Schweiz hat mit J+S ein einzigartiges Sportprogramm, das unsere Kinder und Jugendlichen bewegt und ihnen einen einfachen, günstigen Zugang zum Sport

ermöglicht. J+S ist auch eine wichtige Gesundheitsförderungsmassnahme. Bekanntlich ist in der Schweiz jedes sechste Kind übergewichtig, viele davon sogar adipös. Fehlende Bewegung ist dabei ein Hauptgrund. Zudem lernen die jungen Erwachsenen Verantwortung zu übernehmen, indem sie im Rahmen von J+S erste Leitungstätigkeiten übernehmen. Das Programm ist auch für die soziale Integration wichtig. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Beiträge für J+S Angebote nicht von der jeweiligen Standortgemeinde abhängig sind, sondern dass für alle Organisationen die gleichen Voraussetzungen bei der Mitfinanzierung eines Lagers oder Kurses gelten. Deshalb hat die vom Bund vorgesehene Kürzung der Beiträge grosse Folgen für die Angebote, die organisierenden Vereine, Schulen, Organisationen, aber auch für die Familien der teilnehmenden Kinder. Sie alle müssen die fehlende Kostenübernahme durch den Bund mittragen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist das ein Schritt in die falsche Richtung. Das J+S-Programm darf nicht wegen fehlender Bundesgelder gekürzt werden. Wenn diese Angebote teurer werden, werden die Angebotsvielfalt und die Teilnehmendenzahlen sinken. Genau das gilt es zu verhindern. Daher unterstützt die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung beider Postulate. Die Organisatoren brauchen jetzt die finanzielle Sicherheit, denn die Planung der J+S-Angebote 2026 läuft bereits. Wir erwarten natürlich, dass sich unsere Bundespolitiker in Bern stark dafür einsetzen, dass der Bund die Finanzierung wie bisher sicherstellt. Aber jetzt nur darauf zu hoffen, dass es gut wird, ist für uns der falsche Weg und zu unsicher.

Franziska Röllli: J+S fördert über 85 Sportarten, erreicht jährlich rund 600 000 Kinder und Jugendliche und wirkt so als präventive Gesundheitsmassnahme und sozialer Integrationsmotor. Ein Rückgang der Fördermittel würde die Teilhabe gerade in strukturschwachen Regionen und für Familien mit geringen Einkommen einschränken. Zudem würde in gewissen Vereinen die Freiwilligenarbeit überlastet, da sie schon heute unter Druck ist. Aus diesen Gründen ist uns J+S sehr wichtig und wir unterstützen einstimmig die Forderung, dass der Regierungsrat sich mit seinen Möglichkeiten beim Bund gegen die Kürzung einsetzt. Beim anderen Teil der beiden eingereichten Vorstösse, der sich darum dreht, wie die allfällig trotzdem entstehende finanzielle Lücke geschlossen werden soll, gibt es in unserer Fraktion verschiedene Sichtweisen. Eine Minderheit der Fraktion folgt der Argumentation des Regierungsrates und will mit dem Zuwarten den Druck auf den Bund hochhalten und die Mitfinanzierung, wie in anderen Bereichen üblich, erst prüfen, wenn der definitive Entscheid vorliegt. Eine Mehrheit der Fraktion bevorzugt, dass die Mitfinanzierung bereits jetzt geprüft wird, um den Vereinen Planungssicherheit zu geben und wird somit bei beide Postulate erheblich erklären.

Samuel Zbinden: Weil ihr erfolgreich seid und mehr Kinder und Jugendliche eure Angebote wahrnehmen, kürzen wir euch die Gelder. So lässt sich etwas überspitzt die Entscheidung des Bundes zusammenfassen, die J+S-Tarife ab 2026 flächendeckend zu kürzen. Mit Unterstützung von J+S finden jedes Jahr unzählige Lager und Ausbildungskurse für Jugendverbände und Sportvereine statt. Weil diese Teilnehmendenzahlen steigen – die Vereine leisten also gute Arbeit –, der Kredit aber gleich hoch bleibt, soll die Unterstützung sinken. Ich lege meine Interessen offen, ich war als Leiter der Jungwacht Sursee jahrelang selbst Mitorganisator von J+S-Lagern. Wenn die Kürzung der J+S-Gelder auf unsere Jubla-Lager angewendet würde, heisst das konkret, dass die Lagerbeiträge der Eltern erhöht werden müssen oder beim Programm gespart werden muss. Entweder sind also die J+S-Angebote für Menschen mit tiefen Einkommen nicht mehr verfügbar oder die Qualität sinkt. Wir Grünen können diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Sport- und Jugendverbände wie Pfadi, Jubla, Turnvereine, Fussballclubs und zahlreiche mehr leisten enorm wichtige Arbeit für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie bringen junge

Menschen zusammen, vermitteln auf eine spielerische Art Freude an Natur und Bewegung und ermöglichen es jungen Menschen, schon sehr früh Verantwortung für ihre Mitmenschen übernehmen zu dürfen. Gerade in Zeiten, wo die Zahl psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen ansteigt und immer mehr Menschen bei Umfragen angeben, unter Einsamkeit zu leiden, sind solche Angebote für unsere Gesellschaft zentral. Wir danken deshalb der Postulantin und dem Postulanten für die wichtigen Vorstösse. Wir begrüssen die Forderung, dass sich der Kanton gemeinsam mit anderen Kantonen beim Bund dafür einsetzt, die J+S-Tarife nicht zu kürzen. Weiter begrüssen wir, dass der Kanton Luzern bereits jetzt prüft, ob er nicht selbst in die Bresche springen kann und die Kürzungen des Bundes allenfalls ausgleicht, wenn diese tatsächlich beschlossen werden. Das ist aus unserer Sicht ein wichtiges Zeichen an die Jugendverbände, damit sie eine gewisse Planungssicherheit erhalten. Die Grüne Fraktion stimmt daher bei beiden Postulaten der Erheblicherklärung zu. In diesem Zusammenhang scheint uns wichtig zu erwähnen: Mit dem Sparpaket des Bundes sind unter anderem auch noch weitere Kürzungen für die Finanzhilfe der Sportförderung geplant. Das wird die J+S-Programme zusätzlich treffen. Das heisst, dass der Druck auf die Sparförderung ab 2027 nochmals ansteigt und noch mehr Mittel fehlen, wenn das EP27 greift. Deshalb ist es zentral, dass wir uns mit allen Mitteln gegen das EP27 wehren.

Carlo Piani: Die Mitte unterstützt im Grundsatz die Haltung der Regierung. Wir teilen die Einschätzung, dass J+S für den Kanton Luzern von zentraler Bedeutung ist. Über 80 000 Kinder und Jugendliche profitieren jedes Jahr von diesen Angeboten. Sportvereine, Jugendorganisationen und Lager der Jubla und Pfadi sowie viele andere leisten einen sehr grossen unschätzbaren Beitrag an unsere Gesellschaft. Die Bundesbeiträge sind dabei das Rückgrat der Jugendarbeit. Sie ermöglichen erschwingliche Lager, Trainings und Kurse. Würden diese Beiträge wegfallen, würden viele Sportwochen, Sommerlager und beispielsweise Pfadianlässe extrem teurer werden. Viele Familien könnten es sich nicht mehr leisten und müssten auf die Angebote verzichten. Damit ginge gelebte Gemeinschaft verloren. Integration würde erschwert und die Gesundheitsförderung der Kinder nicht mehr sichergestellt. Gerade die Jugendarbeit ist ein Ort, an dem junge Menschen lernen Verantwortung zu übernehmen, Freundschaften fürs Leben zu schliessen und wichtige Werte wie Teamgeist, Fairness und Solidarität erleben. Es wäre ein fatales Signal, wenn diese wertvollen Räume aus finanziellen Gründen eingeschränkt würden. Gleichzeitig ist aber klar, dass die Verantwortung der Finanzierung beim Bund liegt. Das hat die Regierung richtig erfasst und grundsätzlich eine richtige Empfehlung abgegeben. Würde der Kanton jetzt eine definitive Kompensation zusichern, würde der Druck beim Bund abnehmen und er müsste seine Verantwortung weniger wahrnehmen. Das ist in die Zukunft gedacht, aber ein Zeichen, das wir damit setzen. Deshalb sind wir der Meinung, dass es heikel ist, jetzt ein Versprechen abzugeben. Nichtsdestotrotz stimmen wir der Erheblicherklärung zu, aber der Bund ist in der Pflicht. Der Kanton Luzern kann nur im Hintergrund eine gewisse Sicherheit anbieten.

Jasmin Ursprung: Wir sprechen über die J+S-Beiträge, also die Förderung unserer Jugend in Sachen Sport und Bewegung. Das ist wichtig, darüber sind wir uns alle einig. Aber es geht heute nicht darum, ob wir diese Förderung wollen, sondern wer dafür bezahlen soll. Wir sind klar der Ansicht, der Kanton Luzern nicht einfach die Lücken stopfen soll, für die eigentlich der Bund verantwortlich ist. Es war immer die Aufgabe des Bundes, diese Beiträge zu sichern. Genau dort müssen wir ansetzen. Darum unterstützen wir das Postulat P 509 von Guido Müller. Das ist der richtige Weg: Zuerst Druck beim Bund machen, dort, wo das Problem entstanden ist. Wenn es eine kurzfristige Überbrückung braucht, kann der Lotteriefonds punktuell dafür vorgesehen werden. Das ist aber als Übergang gedacht und nicht als Dauerlösung. Erst in einem dritten Schritt, wenn es wirklich notwendig ist, sprechen wir über

eine langfristige Finanzierung. Das ist eine saubere, verantwortungsvolle Lösung. Das Postulat P 506 von Andrea Pfäffli hingegen verlangt sofort eine kantonale Kompensation und erst danach eine Intervention beim Bund. Damit setzen wir ein völlig falsches Signal. Der Bund lehnt sich zurück, der Kanton Luzern bezahlt. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir sind nicht die Zahlmeister für Aufgaben, die beim Bund angesiedelt sind. Deshalb werden wir das Postulat P 506 mehrheitlich teilweise erheblich erklären. Wir müssen den Druck hochhalten, dort, wo er hingehört, nach Bern. Deshalb ist es nur konsequent, das Postulat P 509 erheblich zu erklären. Alles andere ist eine Einladung an den Bund, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Michèle Albrecht: Als Präsidentin der IG Sport Luzern kann ich es nicht unterlassen, mich zu dieser Thematik zu äussern. Die geplanten Kürzungen bei J+S – ich betone ebenfalls, dass die Hoheit beim Bund liegt – sind in der Tat ein Schlag ins Gesicht für unseren Nachwuchs, aber auch den Breitensport. Allein im Kanton Luzern profitieren über 84 000 Kinder und Jugendliche von J+S. Das sind unsere Sportlerinnen und Sportler von morgen, aber auch unsere Gesellschaft von heute. Wenn die Beiträge um 20 Prozent sinken, fehlen den Luzerner Vereinen 1,3 Millionen Franken. Das bedeutet einerseits weniger Angebote und andererseits höhere Kosten für unsere Familien und weniger Chancen für unsere Kinder, unabhängig der finanziellen Situation Sport betreiben zu können. Sport ist aber mehr als nur eine Freizeitbeschäftigung. Er fördert Gesundheit, Integration und Zusammenhalt. Gerade jetzt muss die Politik ein starkes Signal Richtung Bern senden. Bei J+S gibt es nämlich kein Sparpotenzial. Wir begrüssen, dass sich die Luzerner Regierung klar gegen diese Kürzung stellt und damit den Druck auf Bundesbern mitträgt. Zuversichtlich wie wir aber sind, erwarten wir zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich keine Zugeständnisse in Form eines Kredites auf Vorrat. Aber im Ernstfall muss der Kanton bereit sein Hand zu bieten, damit der Breitensport, getragen von unzähligen Ehrenamtlichen, nicht geschwächt wird. Die Mitte-Fraktion unterstützt im Grundsatz die teilweise Erheblicherklärung. Aber im Sinn der Planungssicherheit unterstützen wir mittlerweile die Erheblicherklärung zur Prüfung dieses Anliegens. Am meisten zählen wir aber darauf, dass unsere Luzerner Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Wintersession ein starkes Zeichen setzen, damit J+S auch künftig national die Erfolgsgeschichte bleibt, die unsere Kinder und Jugendlichen verdienen.

Fabian Stadelmann: Die J+S-Beiträge sind ein wichtiger Baustein unserer funktionierenden Vereine. Wussten Sie, dass der Turnverein Willisau mit über 1000 Mitgliedern der grösste Turnverein der Schweiz ist? Er erhält 76 000 Franken J+S-Gelder. Das ermöglicht 500 Kindern mindestens ein Training pro Woche. Ich durfte das selbst miterleben, ich gehöre dem Turnverein Willisau seit ich fünf Jahre alt bin an. Zudem erhielt ich als Leiter J+S-Beiträge. Heute bin ich Vorstandsmitglied des Verbandes und bitte die Regierung, beim Bund auf den Tisch zu klopfen und die Frage auszuringen, wie es in unserer Sportart heisst.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Wie wichtig das grosse Sportförderprogramm für Kinder und Jugendliche ist, haben wir bereits eindrücklich gehört. Es ist nicht nur wichtig für den Kanton Luzern, sondern für die gesamte Schweiz. In diesem Sinn schliesse ich mich Ihren Voten voll und ganz an. Aber J+S ist nicht nur sehr wichtig, sondern auch ein voller Erfolg. Das möchte ich hier nochmals unterstreichen. 2024 haben im Kanton Luzern tatsächlich 84 494 Kinder und Jugendliche ein J+S-Angebot besucht. Das sind natürlich nicht nur Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Luzern, sondern Kinder und Jugendliche aus der ganzen Schweiz, die hier diese Angebote in Anspruch genommen haben. Wenn man das auf die ganze Schweiz ausweitet, waren es 680 000 Kinder und Jugendliche. Das ist ein Rekord. Insofern findet es auch unser Rat absolut befremdlich, wenn das BASPO am 19. Juni 2025

diesem eigenen Erfolg zum Opfer fällt, indem es quasi festhält, dass es aufgrund dieses Erfolgs die Subventionstarife ab nächstem Jahr um 20 Prozent kürzen möchte. Unser Rat ist klar der Meinung, dass der Bund hier am falschen Ort spart. Im Sport finden viele Kinder und Jugendliche ihre Vorbilder, auch das haben Sie schon eindrücklich geschildert, deshalb möchte ich es nicht wiederholen, denn ich bin Ihrer Meinung: Integration, Bewegung, Sport, psychische Gesundheit. Auch in Ihrem Rat haben wir schon über die omnipräsente Bildschirmzeit diskutiert. Auch das ist etwas, das durch die J+S-Kurse gelenkt werden kann, wenn das Kind an einem Kurs teilnimmt. Jeder investierte Franken wird durch das ehrenamtliche Engagement der Leitenden um ein Vielfaches multipliziert. Der Bund erzielt also mit diesen verhältnismässig wenig Geldern eine grosse Wirkung in Bezug auf Kinder und Jugendliche. Aus diesem Grund ist unser Rat der Meinung, dass die Kürzung des Förderprogramms alles andere als sportlich ist. Etliche Sport- und Lagerverbände sowie Swiss Olympic haben sich gegenüber dem Bund bereits scharf geäussert. Auch aus der Bevölkerung regt sich Widerstand und auch bei mir sind verschiedene Bemerkungen und Voten angekommen. Ausserdem verweise ich auf die Petition, für die seit zwei Wochen eifrig Unterschriften gegen diese Sparpläne gesammelt werden. Guido Müller hat unserem Rat vier Forderungen gestellt. Das Herzstück unserer Gesellschaft ist gefährdet, diese Haltung teilen wir. Der Kanton soll sich erstens mit aller Kraft gegen diese Sparübungen wehren. Diese Haltung teilen wir definitiv. Aus diesem Grund hat sich unser Rat verschiedentlich mit den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern in Kontakt gesetzt, um auf diese Kürzungen hinzuweisen. Zumindest unsere Luzerner Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden sich dafür einsetzen, dass die J+S-Kürzungen nicht stattfinden. Nichtsdestotrotz ist es auch so, dass die Debatte im Bundesparlament erst im November stattfindet. Vor diesem Hintergrund – und hier komme ich auf das Thema Druck aufrechterhalten – erachtet es unser Rat als das falsche Signal, bereits zum jetzigen Zeitpunkt dem Bund in Aussicht zu stellen, dass die Kantone einspringen, wenn der Bund nicht zahlt. So stellen wir zugunsten des Bundes eine Planungssicherheit her, die am Ende des Tages zum Bumerang werden könnte. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass unser Rat auf jeden Fall die Kompensationsmöglichkeiten prüft, sei es über Gelder aus dem Lotteriefonds oder andere Möglichkeiten. Aber erst dann, wenn sich der Bund tatsächlich aus dieser Verantwortung zieht. Wir sind der Meinung, dass es sich um eine vollständige Finanzierungsaufgabe des Bundes handelt, und möchten diesen Appell auch als Druckmittel gegenüber dem Bund aufrechterhalten und erst über andere Finanzierungsmöglichkeiten sprechen, wenn es tatsächlich so weit kommt. In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, auf zwei Dinge hinzuweisen: Mir geht es nicht darum, die Verbände zu schwächen. Wir haben auch verstanden, dass diese Planungssicherheit brauchen. Unser Rat hat aber in Aussicht gestellt, dass wir Teilkompensationen prüfen, wenn wir wissen, was der Bund beschliesst. Diese Planungssicherheit wird es also geben. Weshalb haben wir beim Postulat P 509 von Guido Müller nicht direkt Ja gesagt zu den Lotteriefondsgeldern? Weil wir auch dort kompensieren müssen. Es gibt sehr viele Anträge, die heute schon über die Lotteriefondsgelder finanziert werden. Wenn wir den vollen Betrag ausfinanzieren müssten, hat das ein Triagieren bestehender Anträge zur Folge, die bereits heute über Lotteriefondsgelder finanziert werden. Auch das müssen man berücksichtigen. Unser Rat erachtet es als schwierig, den Betrag einfach mit Lotteriefondsgeldern zu kompensieren. Das würde nämlich bedeuten, dass sich andere, ebenso erfolgreiche Projekte einfach hintenanstellen müssten. Deshalb empfehlen wir Ihnen, beide Postulat teilweise erheblich zu erklären. Nicht, weil wir mit dem Inhalt nicht einverstanden sind, sondern weil es das falsche Signal an den Bund ist.

Der Rat erklärt das Postulat P 506 mit 91 zu 20 Stimmen erheblich.